

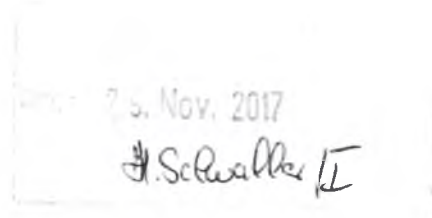
Die Bayerische Staatsministerin für
Gesundheit und Pflege



Melanie Huml MdL

StMGP - Postfach 80 02 09 - 81602 München

Ersten Bürgermeister
der Stadt Bad Aibling
Herrn Felix Schwaller
Rathaus
Marienplatz 1
83043 Bad Aibling



München, 23.11.2017
G24c-K9030.18702-2017/2-10

Geburtshilfe an der RoMed Klinik Bad Aibling;
Resolution vom Juli 2017

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Schwaller,
sehr geehrte Damen und Herren des Stadtrats,

für Ihre Resolution zum Erhalt der Geburtsstation in der RoMed Klinik Bad Aibling vom Juli 2017, die mir von Frau Staatsministerin Aigner übergeben wurde und in der Sie sich für den dauerhaften Erhalt der Geburtshilfestation an Ihrem Krankenhaus einsetzen, danke ich Ihnen. Hierzu teile ich Ihnen Folgendes mit:

Die Geschäftsführung der RoMed Kliniken hat das Gesundheitsministerium Ende Juni darüber informiert, dass sie sich gezwungen sieht, den Betrieb der Geburtshilfe an der Klinik Bad Aibling zum 15.08.2017 einzustellen. Ausschlaggebend hierfür sei letztlich die Tatsache, dass ab diesem Zeitpunkt die

Standort
Haidenauplatz 1
81667 München

Öffentliche Verkehrsmittel
S-Bahn - Ostbahnhof
Tram 19 - Haidenauplatz

Telefon
+49 89 540233 – 0
Telefax
+49 89 54023390 - 999

E-Mail
ministerbuero@stmgp.bayern.de
Internet
www.stmgp.bayern.de

Versorgung mit Beleghebammen nicht mehr hinreichend sichergestellt sei. Alle Versuche der Klinikleitung, die personelle Situation in Bad Aibling zu stabilisieren, seien erfolglos geblieben. Vom Klinikum Rosenheim könne mangels verfügbarer Personalkapazitäten keine personelle Unterstützung für Bad Aibling erfolgen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, so bitter die Schließung der Geburtshilfe an der Klinik Bad Aibling ist, die Sicherheit für Mutter und Kind muss in einer solchen Situation in jedem Fall an oberster Stelle stehen. Insofern ist die am 14.08.2017 erfolgte Schließung der Geburtshilfe verständlich, wenn der Weiterbetrieb aus der Sicht der Klinikverantwortlichen aus medizinischen Gründen nicht mehr verantwortbar ist. Die stationäre Versorgung der Gebärenden bleibt im vorliegenden Fall trotz der Schließung in Bad Aibling sichergestellt, da am RoMed Klinikum Rosenheim und in der RoMed Klinik Wasserburg ausreichende Kapazitäten vorhanden sind.

Ich bitte um Verständnis, dass für die Staatsregierung bzw. für das Gesundheitsministerium keine Möglichkeit zur steuernden Einflussnahme besteht, da die Sicherstellung der stationären Versorgung nach der Bayerischen Landkreisordnung allein den Landkreisen obliegt.

Ich darf Ihnen versichern, dass mir als bayerischer Gesundheitsministerin die Sicherstellung der Geburtshilfe und auch die Anliegen der in der Geburtshilfe Tätigen sehr am Herzen liegen. Deshalb setze ich mich weiterhin nachhaltig für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen in der Geburtshilfe ein, die allerdings weit überwiegend auf Bundesebene zu regeln sind:

Der Gemeinsame Bundesausschuss hat in seiner maßgeblichen Richtlinie Sicherstellungszuschläge für Geburtshilfeabteilungen bewusst ausgeschlossen. Bayern setzt sich hier für eine Änderung ein, damit systemnotwendige Krankenhäuser auch dann am Netz bleiben können, wenn der Betrieb aufgrund der niedrigen Fallzahl nicht mehr wirtschaftlich darstellbar ist.

Für Hebammen wurde zur Reduzierung der Haftpflichtversicherungsprämien der Regress von Sozialversicherungen auf Fälle des Vorsatzes und der groben Fahrlässigkeit

keit begrenzt. Bayern strebt hier eine haftungsrechtliche Gleichbehandlung von Belegärzten in der Geburtshilfe an. Darüber hinaus setzen wir uns neben einer besseren Abbildung von Versicherungsprämien in den Vergütungen für mehr Rechtssicherheit ein, damit Kliniken ihrem Belegpersonal die Versicherungsprämien bezahlen können, ohne einen strafrechtlichen Vorwurf fürchten zu müssen.

Im Bereich der Hebammenversorgung hat das bayerische Gesundheitsministerium eine umfassende Studie in Auftrag gegeben, die eventuell gegebenen Handlungsbedarf aufzeigen und Grundlage für etwaige weitere Initiativen sein soll. Zudem habe ich am 09.05.2017 alle Akteure aus der Geburtshilfe für ein Gespräch an einen Tisch gebracht. Dabei wurde deutlich, dass die Herausforderungen vielschichtig sind - im stationären, ambulanten, aber auch finanziellen Bereich. Um diesen Herausforderungen gerecht zu werden, werde ich auch künftig die Entwicklung bei den Geburtshilfestationen sowie bei der Personalsituation aufmerksam verfolgen und mich weiterhin mit Nachdruck für gute Rahmenbedingungen im Bereich der Geburtshilfe einsetzen.

Mit freundlichen Grüßen



Melanie Huml MdL
Staatsministerin

Auch ein bayerisches
Förderprogramm wird es
geben.